

Die schwäbische Textilfirma Trigema stellt auf Schutzmasken um

In letzter Minute

Wer es wissen wollte, der warf einen Blick auf die Amazon-Seite: Bereits im Januar waren medizinische Atemschutzmasken nicht mehr wie üblich lieferbar – weder in Deutschland, England, Japan oder den USA. Achim Theiler, Geschäftsführer der Allgäuer Firma Franz Mensch, die Hygienebekleidung, Mundschutz und Atemschutzmasken herstellt und vertreibt, warnte am 5. Februar Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vor einem gefährlichem Engpaß.

Doch trotz der drohenden Corona-Pandemie exportierte Deutschland massenhaft Masken nach China. Aber auch auf eine zweite E-Mail antwortete das Berliner Ministerbüro nicht, denn schließlich sei formal das Beschaffungsbüro der Bundeswehr hierfür zuständig. Dabei war schon am 28. Januar bei einem Mitarbeiter der oberbayerischen Autozulieferfirma Webasto das Coronavirus festgestellt worden. Der 33-jährige hatte sich wohl bei einer Kollegin aus China infiziert.

Nun ist der Jammer groß, im Internet kursieren sogar „Do it yourself“-Nähanleitungen für die Herstellung eines einfachen, wiederverwendbaren Mundschutzes. Ärzten, Rettungssanitätern, Krankenschwestern oder Polizisten ist damit nicht geholfen – doch zum Glück gibt es noch einige deutsche Firmen, die bislang nicht aus Shareholder-Value-Gründen ihre gesamte Produktion nach Asien oder Afrika verlegt haben: In dieser Woche will der schwäbische Textilherstel-

ler Trigema, der schon im Zweiten Weltkrieg die Wehrmacht versorgte, mindestens 70.000 neue Schutzmasken ausliefern. „Übernächste Woche können wir dann rund 100.000 Masken schaffen“, verspricht Firmenchef Wolfgang Grupp. Die Masken sind zwar nicht für intensivmedizinische Bereiche zertifiziert, aber sie sind kochbar und somit wiederverwertbar.

Das Drägerwerk ist hingegen nicht ganz so flexibel, denn die ebenfalls dringend benötigten höherwertigen FFP-Masken werden bislang in

Schweden und Südafrika produziert. Immerhin sagte der Lübecker Medizintechnik-Konzern, dessen Aktienkurs steil anstieg, die Lieferung von 10.000 Beatmungsgeräten „made in Germany“ für heimische Krankenhäuser zu – wenn alle Zulieferteile lieferbar sind.

Auch der Passauer Hemdenhersteller Eterna hat kurzfristig auf Gesichtsmasken umgestellt. Allerdings derzeit nur in Banowitz (Bánovce nad Bebravou/Bán), wo 1924 bis 1945 Jozef Tiso Pfarrer der Stadtkirche war. Doch

die 25.000 nun pro Tag gefertigten Masken hat sich erst einmal die slowakische Regierung gesichert. Da trifft es sich gut, daß BMW, Daimler und VW nach ihrer Produktionseinstellung die nicht mehr benötigten Schutzmasken dem überlasteten deutschen Gesundheitswesen spenden. Und noch wichtiger: Das Drägerwerk könnte fehlende Zulieferteile aus den 3D-Druckern der deutschen Autobauer erhalten – wenn denn die Arbeiter gesund bleiben.



VON
JÖRG FISCHER

»Aus Shareholder-Value-Gründen die Produktion nach Asien und Afrika verlegt.«

Die deutschen Strompreise steigen – trotz billigerer Energie

Politisch erzwungen

Von Marc Schmidt

In der Regierungszeit von Angela Merkel haben sich die Strompreise verdoppelt. Während die diesjährigen Preiserhöhungen im Januar mit 5,4 Prozent moderat ausgefallen sind, kritisieren Verbraucherschützer die aktuellen Tarifierhöhungen großer Anbieter um durchschnittlich acht Prozent als überzogen. Dabei trifft die Kritik die falschen Marktteilnehmer.

Stromanbieter agieren im Wettbewerb mit etwa tausend Anbietern, Kunden können bei Preiserhöhungen wechseln. Und die kritisierenden Verbraucherzentralen nehmen selbst gern Beratungsgebühren von versicherten Haushalten. Zentraler Preistreiber für Strom ist erneut eine fünfprozentige Erhöhung der Zwangsabgaben und der Steuern auf diese Abgaben. Diese gestiegenen Kosten stehen für energiepolitisches Versagen aller Bundesregierungen seit Start des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2000. Die Preissteigerung ist eine Weitergabe staatlich verordneter Kosten ohne Inflation oder Löhne. Ein weiterer unbeachteter Preistre-

ber sind die „Grünstrom“-Erzeuger. Sie realisieren Anlagen, die auch in Zeiten extrem günstiger Zinsen nur mit den bereits bestehenden absurd hohen Fördermaßnahmen rentabel sind. Die Öko-Stromproduzenten sind meist nicht mit den Stromversorgern identisch. Die politisch gewollten, aber kaum wettbewerbsfähigen Wind- und Solarstromerzeuger verhindern eine dauerhafte Senkung der Abgaben und damit der Preise, die an der Strombörse nur etwa vier Cent pro Kilowattstunde betragen.

Preistreibend agieren zudem die monopolistischen Netzbetreiber. Für an einen nicht zahlenden Kunden gelieferten Strom zahlt der Stromversorger ohne Aufschlag sofort alle Netzentgelte, Abgaben und Steuern. Jeder Versorger muß mit seinen zahlenden Kunden die Kosten für alle säumigen Kunden decken, während Produzenten und Netzbetreiber abgesichert sind. Der deutsche Strompreis ist wirtschafts- und verbraucherfeindlich. Die Schuld daran trifft aber am wenigsten die Stromversorger.



Abgestellte Lufthansa-Maschinen auf der Frankfurter Nordwest-Landebahn: Geldmittel über eine vorübergehende Beteiligung zuführen

Geeignet, erforderlich, verhältnismäßig

Corona-Krise: Welche Medizin hilft der Wirtschaft? Maß und Mitte dürfen auch jetzt nicht verlorengehen

DIRK MEYER

Die Devisen lautete: Nicht kleckern, sondern klotzen. Sah der Haushaltsentwurf von Olaf Scholz im Dezember noch 362 Milliarden Euro vor, so wurde diese Woche ein Nachtragshaushalt in Höhe von 123 Milliarden Euro (plus 34 Prozent) beschlossen: statt schwarzer Null eine Nettoneuverschuldung von 156 Milliarden Euro, entsprechend 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die EZB plant neue Anleihekäufe in Höhe von 870 Milliarden Euro. Zusätzlich sind Corona-Anleihen in Höhe von einer Billion Euro im Gespräch.

„Blankoscheck für die Wirtschaft“

Doch viel hilft nicht immer viel. Die notwendigen Hilfen müssen nicht nur zielgenau sein, um Trittbrettfahrer und an sich bereits insolvente Unternehmen auszuschließen. Sie müssen zugleich schnell und unbürokratisch erfolgen, um an sich gesunde Firmen zu schützen. Schließlich muß der Notfall-Modus einer Aussetzung der nationalen Schuldenregeln und des Stabilitätspaktes sowie regelüberschreitender, fiskalisch motivierter Anleihekäufe der EZB nach der Krise schnellstmöglich eine Rückkehr erlauben.

Geeignet, erforderlich, verhältnismäßig – das sind die notwendigen Kriterien staatlicher Hilfen. Die Eignung knüpft an die Verursachung der Wirtschaftskrise an. Im Gegensatz zur Weltfinanzkrise 2007/08 sind durch die Pandemie zunächst nicht die Banken, sondern der Produktionssektor betroffen. Benötigte Vorleistungen fehlen, Infektionen führen zur Schließung ganzer Betriebe, Homeoffice und organisatorische Trennungen in den Produktionsstätten erschweren die Leistungserstellung. Deshalb ist ein

„Blankoscheck für die Wirtschaft“, wie ihn die Bundesregierung plant, in jedem Fall der richtige Weg.

Rückläufige oder gar vollständig fehlende Umsätze führen bei gleichbleibenden Zahlungsverpflichtungen sehr schnell zur Illiquidität. Mit einem Bürgschaftsrahmen von 400 Milliarden Euro soll die öffentlich-rechtliche KfW-Bank Überbrückungskredite für Firmen absichern. Sie werden über die Hausbanken vergeben. Als Hemmnis wird eine bereits von 50 auf bis zu zehn Prozent reduzierte Risikobeteiligung der prüfenden Bank gesehen. Sie könnte zu einer eher zögerlichen Kreditvergabe führen, obwohl die Zinssätze risikobehängig gestaffelt sind.

Für eine Mithaftung spricht, daß die Anreize einer angemessenen Prüfung bestehen bleiben. Hinzu kommt ein schnell zu lösender Kapazitätsaufbau bei der KfW, denn hier soll neuerdings ein Gegencheck stattfinden. Man hofft, daß die Ausfälle durch die Zinseinnahmen gedeckt werden, so daß keine Kapitalunterlegung des Bundes geplant ist. Alternativ ist ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds für notleidende Unternehmen ähnlich dem Bankenrettungsfonds oder der DDR-Treuhandanstalt (1990–94) im Umfang von 100 Milliarden Euro geplant. Hier würde der Staat Firmen Geldmittel über eine Beteiligung zuführen, um diese zu einem späteren Zeitpunkt hoffentlich mit Gewinn wieder zu veräußern.

Sie käme bei Großunternehmen mit mittelfristigen Problemen in Frage, also beispielsweise für die Lufthansa. Der Vorteil: Neben der Vermögensübertragung könnte der deutsche Staat im günstigen Fall später aus den Reprivatisierungsgewinnen die Corona-Lasten gegenfinanzieren. Außerdem ist ein Kreditrahmen für Großunternehmen in Höhe von 100 Milliarden Euro freigegeben. Daneben wurden zeitlich begrenzt die Insolvenzregeln hinsichtlich der Anmeldefristen gelockert. Steuerstundungen,

der Verzicht auf Verzugszinsen sowie eine Aussetzung der Kontopfändung bei Steuerschulden sind wichtige weitere Hilfen, um gesunden Unternehmen ein Überleben zu erleichtern.

Die überaus positiven Regelungen zur Kurzarbeit wurden gelockert, um bei Produktionseinschränkungen die Belegschaft halten zu können. Das Kurzarbeitergeld (60 Prozent; 67 Prozent bei Eltern) wird auch bei Quarantäne und schon ab einem Zehntel statt einem Drittel der betroffenen Belegschaft inklusive der Sozialabgaben gezahlt. Sogar „Kurzarbeit null“ – also eine 100prozentige Freistellung wie in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung – wird im Extremfall übernommen. Arbeitszeitfirmen sind inbegriffen.

Keine „Stimulus checks“ wie in den USA nötig

Das Ganze soll bis Ende 2021 gelten – die geschätzten Kosten bei 2,15 Millionen Kurzarbeitern liegen bei etwa zehn Milliarden Euro jährlich. Das Gesetz benötigte vom Koalitionsbeschluß bis zum Inkrafttreten ganze fünf Tage! Ein Ausgleich für Familien mit Kindern wegen Betreuungsausfall ist geplant. Besondere Hilfen wird es für die etwa vier Millionen Selbständigen geben. Aus einem 50-Milliarden-Solidaritätsfonds sollen Zuschüsse bis 9.000 Euro und eine Lockerung des Grundversicherungszugangs finanziert werden.

Erst in einem Zweitrundeffekt kommt es aufgrund der Einkommensausfälle und der hohen Unsicherheit zu einem Nachfragerückgang. Dieser folgt relativ zeitnah und hoffentlich zeitlich eng befristet – hier gibt es die Unsicherheit, wann der Normalbetrieb wieder anläuft. Katastrophal wäre die Strategie der Eindämmung, wenn hierzu ein relativ langer Schließungszeitraum notwendig wird. Pauschale „Stimulus checks“ wie in den USA (1.200 Dollar pro Erwachsenen, 500 Dollar für jedes Kind)

geplant, dürften für Länder mit einer funktionierenden Grundsicherung ungeeignet sein.

Denkbar wäre hierzulande die vorgezogene Aussetzung des Soli oder eine zeitlich befristete Mehrwertsteuerabsenkung – jeder Prozentpunkt würde das Konsumbudget um elf Milliarden Euro erhöhen. Sodann plant die Koalition eine Stabilisierung der staatlichen Investitionen durch Aufstockung mit zwölf Milliarden Euro auf 43 Milliarden Euro bis 2024. Bis 2030 sollen 140 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Dies dient zugleich der Modernisierung der Volkswirtschaft und schließt die offensichtlichen Investitionslücken, die auch schon vor der Corona-Krise bestanden.

Die EU-Kommission hat – gegenteiligen Ankündigungen zum Trotz – eigentlich keine großen Möglichkeiten. Ihr 37-Milliarden-Programm setzt sich aus nicht ausgegebenen Mitteln der Nationalstaaten von 7,5 Milliarden Euro und dem Zugriff auf Mittel des Strukturfonds zusammen. Nicht unwesentlich sind die Lockerung der Beihilferegulungen, um nationale Corona-Hilfen EU-konform umzusetzen. Die Aussetzung der Stabilitätsregeln – ein maximales Haushaltsdefizit von drei Prozentpunkten – ist regelkonform und geboten. Allerdings besteht gerade für die Krisenstaaten die Gefahr eines Sperrklingeneffektes der Staatsschulden – Abbau ausgeschlossen.

Da die EZB ihr Pulver weitgehend verschossen hat, sind von ihren Maßnahmen keine positiven Wirkungen zu erwarten. Das neue 750-Milliarden-Anleihekaufprogramm ist als nicht vertragskonformer fiskalischer Eingriff zu lasten der bereits jetzt den Marktzugang verlierenden Krisenstaaten Italien und Griechenland geschuldet – und es gibt wenig Hoffnungen für den Patienten Eurozone.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Deutschland, wie Sie es noch nie erlebt haben!

Sagenhafte
Bilder auf DVD
in HD-Qualität



Deutschland von oben
Der Kinofilm
DVD, Laufzeit 114 Min.
Best.-Nr. 92720
9,99 Euro



Deutschland von oben,
ein Wintermärchen
DVD, Laufzeit 114 Min.
Best.-Nr. 93778
13,99 Euro



Deutschland-Saga
Woher kommen wir?
Was eint uns?
Wer sind wir?

Christopher Clark
Deutschland-Saga
2 DVDs, Laufzeit: 270 Min.
Best.-Nr. 93239
18,99 Euro